

- Schmid, Günther, 1994: Übergänge in die Vollbeschäftigung. Perspektiven einer zukunftsge-
rechten Arbeitsmarktpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 12-13/94*, 9-23.
- Schmid, Günther, 1997: Beschäftigungswunder Niederlande? Ein Vergleich der Beschäftigungs-
systeme in den Niederlanden und in Deutschland, in: *Leviathan 25*, 302-337.
- Schmid, Günther/O'Reilly, Jacqueline/Schömann, Klaus (Hrsg.), 1996: *International Handbook
of Labour Market Policy and Evaluation*, Cheltenham.
- Schmidt, Manfred G., 1982a: Does Corporatism Matter? Economic Crisis, Politics and Rates of
Unemployment in Capitalist Democracies in the 1970s, in: *Gerhard Lehmbruch/Philippe C.
Schmitter* (Hrsg.), *Patterns of Corporatist Policy-Making*, London/Beverly Hills, 237-258.
- Schmidt, Manfred G., 1982b: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokra-
tischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a.M./New York.
- Schmidt, Manfred G., 1988: The Politics of Labour Market Policy. Structural and Political De-
terminants of Rates of Unemployment in Industrial Nation, in: *Francis G. Castles/Franz
Lehner/Manfred G. Schmidt* (Hrsg.), *Managing Mixed Economies (The Future of Party Go-
vernment. Vol. 3)*, Berlin/New York, 4-53.
- Schmidt, Manfred G., 1995: Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Vom Son-
derweg zum Normalfall, in: *Politische Vierteljahresschrift 36*, 35-48.
- Siaroff, Alan, 1999: Corporatism in 24 industrial democracies: Meaning and Measurement, in:
European Journal of Political Research 36, 175-205.
- Streeck, Wolfgang, 1981: Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen De-
mokratie, Königstein/Ts.
- Traxler, Franz, 1994: Collective Bargaining: Levels and Coverage, in: *OECD* (Hrsg.), *Employ-
ment Outlook. July 1994*, Paris, 167-194.
- Traxler, Franz/Blaschke, Sabine/Kittel, Bernhard, 2001: *National Labour Relations in Internatio-
nalized Markets*, Oxford.
- Visser, Jelle/Hemerijck, Anton, 1997: *A Dutch Miracle. Job Growth, Welfare Reform, and Cor-
poratism in the Netherlands*, Amsterdam.

Andreas Busch

Kapitel 6 Die politische Ökonomie der Inflation

1. Einleitung

Das Problem der Inflation¹ erscheint zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den westli-
chen Industrieländern nicht mehr von zentraler wirtschaftspolitischer Bedeutung:
Wie Abbildung 1 zeigt, bewegen sich hier schon seit einem guten Jahrzehnt die jah-
resdurchschnittlichen Preissteigerungsraten im niedrigen einstelligen Prozentbe-
reich. Statt um zu rasche Geldentwertung sorgt sich die Wirtschaftspolitik heute
eher um zu niedrige Wachstumsraten und zu hohe Arbeitslosenquoten.

Noch in den 1970er und frühen 1980er Jahren war das ganz anders. Damals er-
reichte die Inflationsrate im Durchschnitt der OECD-Länder Werte von 13,3%
(1974) und 11,1% (1981), und in einigen Industrieländern wurden selbst diese be-
reits hohen Werte noch weit übertroffen: etwa in Japan (1974: 24,5%), Großbritan-
nien (1975: 24,2%) oder Italien (1981: 21,2%). Im Extremfall können Inflations-
prozesse doch auch diese Zahlen winzig aussehen lassen. Die Inflation in Deutsch-
land nach dem Ersten Weltkrieg erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1923 mit einer
Preissteigerungsrate von 2 Billionen Prozent – das ist eine Zahl mit 12 Nullen! Die-
ser „Hyperinflation“ genannte Prozess entstand jedoch nicht plötzlich, vielmehr
bildete er das Ende einer beinahe zehnjährigen Entwicklung in Deutschland:

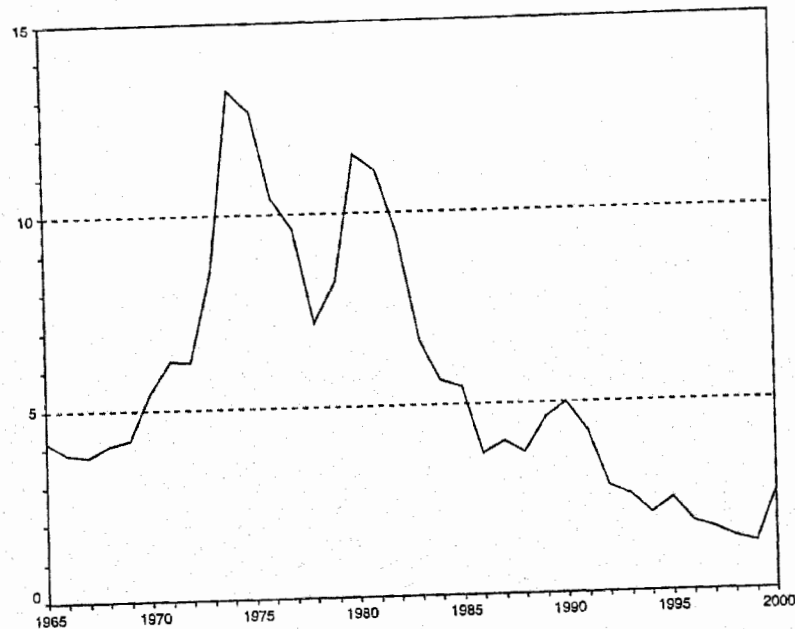
„Es dauerte seit Beginn des Krieges ungefähr fünfeinhalb Jahre, bis die Mark auf etwa ein Zehn-
tel ihres Vorkriegswertes gesunken war; zum nächsten Verfall auf ein weiteres Zehntel kam es
innerhalb von bloß zweieinhalb Jahren, zum wiederum nächsten dann in nur 108 Tagen und im
Oktober 1923 sackte die Mark alle 8 bis 11 Tage auf ein Zehntel ihres vorherigen Wertes ab.“
(Hardach 1980: 54f.)

Man kann sich vorstellen, dass dieser dramatische Prozess tiefgreifende Folgen für
das wirtschaftliche Leben hatte – schon aus rein praktischen Gründen: Oft waren
Schubkarren zur Auszahlung von Löhnen und Körbe zur Aufbewahrung des per-
sönlichen Bargeldes nötig. Das ganze Land ertrank geradezu in einer Flut von Pa-
piergeld, das 2000 rund um die Uhr arbeitende Druckerpressen ausspuckten.

¹ Unter Inflation versteht man einen andauernden Anstieg des allgemeinen Preisniveaus in
einer Volkswirtschaft. Daraus ergibt sich, dass weder einmalige Preiserhöhungen noch Preis-
steigerungen lediglich bestimmter Güter an und für sich Inflation darstellen. Auf Indikatoren
zur Messung des Preisniveaus sowie die mit diesen Indikatoren verbundenen Probleme wird
weiter unten in diesem Beitrag eingegangen.

aus: Robert Obinger, Uwe Wagschal, Bernhard Kittel (Hg.),
Politische Ökonomie: Deutschland und
wirtschaftliche Leistungsferndheit, Opladen:
Leske + Budrich 2003

Abb. 1: Durchschnittliche Inflationsrate in 18 OECD-Ländern (in Prozent), 1965-2000



Quelle: OECD Economic Outlook (verschiedene Jahrgänge).

Die deutsche Hyperinflation der 1920er Jahre hatte dramatische Folgen, in wirtschaftlicher, mehr aber noch in politischer Hinsicht – sie wurde oft mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht (siehe dazu weiter unten). Völlige Preisstabilität, d.h. eine Inflationsrate von null Prozent, gibt es andererseits in keinem Land über längere Zeit. Ab wann aber ist es wahrscheinlich, dass eine Inflation zerstörerische Wirkungen entfaltet? Ab wann ist sie als „Hyperinflation“ zu betrachten? Auf diese Fragen gibt es keine präzise Antwort, da es keine anerkannte Klassifikation von Inflationen gibt. Zwar unterscheiden Ökonomen auf sehr bildliche Weise zwischen „schleichender“, „trabender“ und „galoppierender“ Inflation, doch ab welcher Prozentzahl eine Kategorie endet und die nächste beginnt, ist nicht präzise festgelegt.² Zudem ist diese Einstufung relativ und daher zeitabhängig: zu Beginn der 1970er Jahre, als hohe einstellige Inflationsraten die Norm waren, galt Inflation ab zweistelligen Raten als gefährlich. Heute, da man an niedrige einstellige Preissteigerungsraten gewöhnt ist, würden wohl schon im mittleren einstelligen Bereich Bedenken laut. Die Einschätzung der „Bedrohlichkeit“ von Inflation vari-

2 Ein Vorschlag lautet, jährliche Inflationsraten bis 10 Prozent als „schleichende“ Inflation zu bezeichnen, solche zwischen 10 und 50 Prozent als „trabende“, über 50 Prozent als „galoppierende“ und monatliche (!) Inflationsraten ab 50 Prozent als Hyperinflation (Scherf 1988; vgl. auch Feldman 1993: 7).

iert somit mit der Zeit und auch mit der nationalen Erfahrung – denn wie aus den Daten ersichtlich ist, unterscheiden sich die durchschnittlichen Inflationsraten auch über einen längeren Zeitraum zwischen den Industrieländern erheblich. Tabelle 1 fasst die Entwicklung der Inflationsraten in den Industrieländern für den Zeitraum zwischen 1965 und 2000 im Überblick zusammen.

Tabelle 1: Inflationsraten in 18 OECD-Ländern, 1965-2000

	1965-2000		1965-1972		1973-1986		1987-2000	
		Rang		Rang		Rang		Rang
Österreich	3,96	3	4,06	7	5,57	3	2,28	7
Australien	6,32	13	3,94	6	10,24	13	3,78	16
Belgien	4,49	6	3,92	5	7,17	7	2,14	4
Deutschland	3,24	1	3,41	1	4,26	2	2,13	3
Kanada	5,05	8	3,65	2	8,19	8	2,72	10
Schweiz	3,46	2	4,24	8	4,22	1	2,25	6
Dänemark	6,06	11	6,39	18	9,25	11	2,68	8
Finnland	6,34	14	5,27	11	10,37	14	2,92	11
Frankreich	5,61	9	4,46	9	9,71	12	2,16	5
Irland	7,58	16	6,14	17	13,27	17	2,71	9
Italien	8,16	18	3,76	3	14,55	18	4,28	18
Japan	4,27	5	5,56	15	6,77	5	1,02	1
Niederlande	4,18	4	5,42	13	5,62	4	2,01	2
Norwegen	5,92	10	5,32	12	8,80	9	3,39	13
Neuseeland	7,72	17	5,57	16	12,98	16	3,69	14
Schweden	6,14	12	5,09	10	9,16	10	3,72	15
Großbritannien	7,28	15	5,52	14	11,50	15	4,06	17
USA	4,91	7	3,81	4	7,16	6	3,29	12
Mittelwert	5,59		4,75		8,82		2,85	
Standardabweichung	1,46		0,91		2,94		0,84	
Spannweite	4,92		2,98		10,33		3,26	

Quelle: OECD Economic Outlook (verschiedene Jahrgänge).

Als Nächstes stellt sich die Frage, worin eigentlich die negative Wirkung von Inflation genau liegt. Im Zusammenhang mit der deutschen Hyperinflation der 1920er Jahre wurde auf die enormen Mengen an Papiergeld verwiesen, die das tägliche Wirtschaften erschwerten. Heißt dies nun aber, dass in einer modernen, weitgehend bargeldlos funktionierenden Wirtschaft Inflation weniger schädliche Auswirkungen hätte? In der Tat kann der Gebrauch von Kreditkarten und Schecks die Lasten selbst einer galoppierenden Inflation mindern.³ Und viele Ökonomen gingen etwa in den 1960er Jahren davon aus, dass eine korrekt antizipierte oder vollständig indexierte Inflation keine negativen Folgen für die reale Wirtschaftstätigkeit habe – mit Ausnahme der rascheren Abnutzung der Schuhsohlen, die dadurch entstehe, dass man (wegen der höheren Alternativkosten von Bargeldhaltung) häufiger zur Bank laufen müsse (sog. *shoe leather effect*).

Diese Auffassung übersah aber zwei zentrale Dinge: zum einen, dass der Versuch, die Folgen von Inflation durch Indexierung von Preisen und Löhnen auszugleichen, die Inflation selbst perpetuierte und sogar zu beschleunigen drohte, da sie

3 Das wurde etwa in den Jahren 1984 und 1985 in Israel bei Inflationsraten zwischen 400 und 800 Prozent deutlich.

den Teilnehmern am ökonomischen Leben Anreize zu inflationsverschärfendem Verhalten – etwa in der Lohnpolitik – bot;⁴ zum anderen machten spätestens die Inflationserfahrungen der 1970er Jahre klar, dass selbst Inflation weit unterhalb der Kategorie „Hyperinflation“ eben nicht korrekt zu antizipieren ist: Vielmehr ist die Steigerung wirtschaftlicher *Unsicherheit* die zentrale negative Eigenschaft einer Inflation, die nicht nur soziale Verteilungsfolgen hat (da die Anpassungsfähigkeit an die veränderten Anforderungen z.B. mit Herkunft und Bildung variiert), sondern auch gravierende ökonomische Konsequenzen nach sich zieht wie sinkende Investitions- oder Konsumtätigkeit. Letztere sind darauf zurückzuführen, dass Inflation die Informations- und Lenkungsfunction von Preisen substanziell beeinträchtigt und zu erhöhten Transaktionskosten führt.

Die Verbreitung dieser Erkenntnisse führte seit Ende der 1970er Jahre zu einem wachsenden internationalen Konsens sowohl in akademischen wie in politischen Kreisen, dass niedrige Inflation ein vorrangig anzustrebendes wirtschaftspolitisches Ziel sei. Wie Tabelle 1 zeigt, bewegen sich die Inflationsraten in den OECD-Ländern seit Mitte der 1980er Jahre nicht nur aufeinander zu, sondern auch gemeinsam auf ein niedriges Niveau hin.⁵

Wie misst man eigentlich Inflation? Wie bereits ausgeführt, ist Inflation definiert als ein anhaltendes Ansteigen des allgemeinen Preisniveaus. Da es aber unmöglich ist, tatsächlich *alle* Preise zu messen, werden verschiedene Indikatoren verwendet, um die Messung von Preissteigerung zu operationalisieren. Die gebräuchlichsten sind hierbei der Deflator des Bruttosozialprodukts, der Produzentenpreisindex und der Verbraucherpreisindex. Von Letzterem – dem auch politisch relevantesten, der z.B. bei Lohnaushandlungen zugrundegelegt und allgemein mit der Inflationsrate assoziiert wird – gibt es zudem differenzierte Ausprägungen, so etwa neben dem „Index aller privaten Haushalte“ einen „Index eines 4-Personen-Haushalts von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen“, einen „Index eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen“ und einen „Index eines 2-Personen-Rentnerhaushalts mit geringem Einkommen“.

Diesen Indizes liegen sog. „Warenkörbe“ zugrunde, deren Zusammensetzung sich aus Untersuchungen über die unterschiedlichen Konsumgewohnheiten verschiedener Verbrauchergruppen ergeben. Sie ermöglichen es, Gewichtungen vorzunehmen und damit die tatsächliche Auswirkung von Preisveränderungen für die Verbraucher abzuschätzen. Diese Gewichtungen werden von Zeit zu Zeit an das sich wandelnde Verbraucherverhalten angepasst. In Deutschland machen zur Zeit etwa die Ausgaben für Wohnung knapp 28 Prozent des Indexgewichts aus, Ausga-

4 Als Beispiel kann die italienische *scala mobile* dienen, nach der Lohn- und Sozialleistungen bis in die 1980er Jahre indiziert wurden, sodass Inflationsprozesse keine realen Auswirkungen hatten. Um solchen Entwicklungen vorzubeugen, untersagte z.B. in der Bundesrepublik § 3 des Währungsgesetzes die Benutzung von Wertsicherungsklauseln im Wirtschaftsverkehr. Ausnahmen von diesem Indexierungsverbot bedurften der Genehmigung der Deutschen Bundesbank. Auch nach der Einführung des Euro gilt dieses Verbot weiter, da eine entsprechende Regelung in das (im Rahmen des Euro-Einführungsgesetzes erlassene) Preisangaben- und Preisklauselgesetz (PaPKG) aufgenommen wurde (vgl. BGBl. 1998 I: 1253).

5 Die in Tabelle 1 verwendeten deskriptiven Statistikmaße sind der arithmetische Mittelwert als Maß der zentralen Tendenz, die Standardabweichung als Streuungsmaß und die Spannweite, d.h. Abstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert einer Messreihe.

ben für Nahrungsmittel 13 Prozent, für Bekleidung 7 Prozent, und für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gute 10 Prozent.⁶

Die Genauigkeit der Messung von Preisveränderungen ist von großer Wichtigkeit, da die Inflationsrate eine zentrale Rolle für eine Vielzahl sowohl privater wie staatlicher wirtschaftlicher Entscheidungen spielt – von Lohn- und Preisentscheidungen bis zur Bestimmung des realen Wirtschaftswachstums und sich daraus ergebenden geld- und konjunkturpolitischen Maßnahmen. Ein großes Problem liegt hier aber darin, dass der Preisindex nur Preisveränderungen messen soll, während alle anderen ökonomischen Variablen konstant gehalten werden müssen. Diese theoretische Anforderung erweist sich in der Praxis jedoch als sehr schwierig, da viele Güter – etwa durch Innovation oder Wettbewerb – simultan ihre Eigenschaften *und* ihre Preise ändern. Beide Einflüsse sind nur sehr schwer voneinander zu trennen. Der Bericht der *Boskin Commission* in den USA kam 1996 zu dem Schluss, dass die Inflationsrate durch diese Verzerrungen um jährlich etwa 1,1 Prozent *überschätzt* wird (Advisory Commission to Study The Consumer Price Index 1996).

Je stärker sich die sinkenden Inflationsraten der Rate des Messfehlers nähern – der etwa von der Deutschen Bundesbank 1968 mit zwischen ein und zwei Prozent angegeben wurde (Deutsche Bundesbank 1968; vgl. auch Cassel 1990: 272; Feldstein 1997: 123) – und je rascher sich Produkteigenschaften im Rahmen immer kürzerer Produktzyklen (etwa im Bereich der *consumer electronics*) ändern, desto wichtiger wird es, die reine Preisveränderung korrekt zu messen. Dies stellt Ökonomen und Statistiker vor neue Herausforderungen, die die Entwicklung und Anwendung neuer Messmethoden erfordern (vgl. Kokoski u.a. 2001), aber andererseits auch Probleme hinsichtlich der internationalen Vergleichbarkeit der Resultate mit sich bringen.

2. Theorien zur Erklärung von Inflation

Inflation ist, das wurde im vorangegangenen Abschnitt deutlich, ein vielgestaltiger und sowohl über die Zeit wie zwischen Ländern unterschiedlich ablaufender Prozess. Ähnlich vielfältig sind die Versuche, sie zu erklären. Im Folgenden soll ein Überblick über die wichtigsten Ansätze zur Erklärung von Inflation gegeben werden.

2.1. Historische Erfahrungen

Der Fall Deutschland hat für viele Wissenschaftler, die über Inflation forschen, eine besondere Faszination: während es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zweimal eine Hyperinflation erlitten hat,⁷ zählt es in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts

6 Vgl. das Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2001/02: 446.

7 Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es ebenfalls zu einer weitgehenden Geldentwertung, die sich zwar aufgrund von Preisstopps nicht offen zeigte, aber durch Warenknappheit und Einsatz von „Ersatzwährungen“ wie Zigaretten etc. manifestierte. Sie machte ebenfalls, wie 1923, eine Währungsreform (1948) notwendig.

kontinuierlich zu den Ländern mit den niedrigsten Inflationsraten. Dies hat oft dazu geführt, einen Zusammenhang zwischen beiden Tatbeständen anzunehmen, und in der Tat enthalten die meisten empirischen Werke über Inflation eine Fallstudie über Deutschland. Die Erfahrung von Hyperinflation sowie der dadurch ausgelösten sozialen und ökonomischen Erschütterungen wird daher von vielen Forschern als Ursache für die niedrigen Inflationsraten in der Bundesrepublik nach 1950 herausgestellt (Busch 1995: 48).

Doch so überzeugend dieser Zusammenhang zunächst auch erscheinen mag, hält er doch einer systematischeren Überprüfung nicht stand. Zum einen ist er nicht verallgemeinerbar: es gibt sowohl Länder mit niedriger Inflation, die *keine* Erfahrung einer Hyperinflation gemacht haben (etwa die Schweiz), und es gibt Länder, die trotz Erfahrungen mit sehr hoher Inflation in den 1930er und 1940er Jahren auch in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts vergleichsweise hohe Inflationsraten aufweisen (Frankreich, Italien, Griechenland). Vor allem aber bleibt durch den Verweis auf historische Erfahrungen völlig unklar, *auf welche Weise* sich die Aversion gegen Inflation in wirtschaftspolitische Praxis übersetzt. Diese Erfahrungen können durchaus einen Einfluss haben – um eine Erklärung bieten zu können, bedarf es jedoch einer genauen Darstellung der Transmissionsmechanismen dieser Erfahrung.

2.2. Ökonomische Theorien

Die Wirtschaftswissenschaft, in deren natürliches Aufgabengebiet dieses Thema fällt, hat über die Zeit eine solche Vielzahl von Ansätzen zur Erklärung von Inflation hervorgebracht, dass Fachvertreter schon feststellten: „Theorien über die Ursachen der Inflation gibt es wie Sand am Meer“ (Woll 1981: 503). Man kann diese Theorien in verschiedener Hinsicht klassifizieren: zum einen in *monetäre* und *nicht-monetäre* Theorien, zum anderen danach, ob sie die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte in die Analyse einbeziehen oder nicht.

Monetäre Theorien stellen die Entwicklung der Geldmenge (deren Ausweitung als von der Zentralbank bestimmt angesehen wird) in den Mittelpunkt ihrer Analyse, oder sie konzentrieren sich auf Änderungen in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Sie sehen die Inflation also vor allem durch eher technisch-geldpolitische Faktoren bestimmt. Die nicht-monetären Theorien sehen die Ursache für Inflation in einer Vielzahl anderer Bereiche des Wirtschaftslebens: so etwa in plötzlich stark erhöhter Nachfrage (*demand pull*) des privaten oder des staatlichen Sektors, wie sie etwa in Kriegszeiten oder durch Wahlgeschenke stattfinden kann; oder durch Druck von der Angebotsseite (*cost push*) der Güter- und Faktormärkte, etwa durch das Preissetzungsverhalten von Unternehmen – insbesondere auf vermachteten Märkten –, durch Lohnkostendruck, oder, allgemein gesprochen, Verteilungskampf.⁸

Der Einfluss der verschiedenen Theorieansätze innerhalb der Wirtschaftswissenschaften variierte über die Zeit erheblich, und damit auch ihr Einfluss auf die Wirtschaftspolitik. In den 1960er und 1970er Jahren standen (Lohn-)Kostendrucktheorien im Vordergrund, was in vielen Ländern irgendeine Form von Lohnpolitik

⁸ Genauere Ausführungen zu den hier angesprochenen Theorien finden sich etwa im Überblicksartikel von Cassel (1990).

zur Folge hatte. Ab Mitte der 1970er Jahre führte die wachsende Dominanz monetaristischen Gedankenguts auch zu einem Umschwenken in der Politik: Nun wurde die Hauptursache für Inflation im übermässigen Ansteigen der Geldmenge gesehen, und die wirtschaftspolitische Antwort in der Festlegung von Geldmengenzielen oder Inflationszielen – dazu weiter unten mehr.

In den 1980er Jahren führten neue Theorieansätze die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte in die etablierten Modelle zur Analyse von Inflation ein (vgl. die Überblicksdarstellung bei Frisch 1984). Sie machten klar, dass die bis dahin angenommene relativ stabile Austauschbeziehung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, die sogenannte „Phillips-Kurve“, so nicht existierte. Inflation, die bis dahin von einigen Wirtschaftspolitikern als Mittel zur Senkung von Arbeitslosigkeit betrachtet worden war, wurde dadurch aller positiven Aspekte beraubt, und es bildete sich ein Konsens, dass sie unter allen Umständen zu vermeiden sei. Dennoch herrscht in der Wirtschaftswissenschaft auch heute keine Übereinstimmung hinsichtlich der Erklärung von Inflation (Parkin 1992).⁹

2.3. Soziologische Theorien

In der Tat wird an den ökonomischen Erklärungen von Inflation aus der Sicht anderer akademischer Disziplinen erhebliche Kritik geübt. Aus soziologischer Perspektive wird kritisiert, dass – insbesondere die monetaristische Theorie – völlig von kollektiven Akteuren wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden abstrahiere und keine Rücksicht auf den Einfluss von Marktmacht nehme, wenn sie die Ursache für Inflation ausschließlich im Handeln geldpolitischer Akteure sehe. Demgegenüber stellen soziologische Analysen Auseinandersetzungen und Verteilungskonflikte zwischen sozialen Gruppen in den Mittelpunkt ihrer Erklärung der Ursachen von Inflation.¹⁰ Autoren wie Charles Maier oder John Goldthorpe beschäftigen sich mit den „schleichenden“ Inflationen der Nachkriegszeit und betrachten sie – funktional – als „soziales Schmiermittel“, mit dem das Ausbleiben realer Wachstumserwartungen überdeckt und den Konsens der „Wachstumskoalition“ sozialer Gruppen aufrechterhalten werden könne, oder als Ausdruck von Veränderungen der sozialen Schichtung, die zu einer Intensivierung von Konflikten durch die „Reifung der Arbeiterklasse“ führe.

Während diese Erklärungsansätze einen interessanten Kontrast zu den meisten ökonomischen Inflationstheorien bieten (sich dafür allerdings von jenen Vorwürfe wie den der „Pseudo-Gelehrsamkeit“ gefallen lassen müssen, vgl. Woll 1979: 133) und den allgemeinen *Anstieg* der durchschnittlichen Inflation erklären könnten, bieten sie freilich keine Ansätze, die erheblichen *Unterschiede* in diesem Anstieg zu erklären.

⁹ Auch ökonometrische Überprüfungen der verschiedenen Modelle kommen nicht zu eindeutigen Ergebnissen. Vgl. die Nachweise bei Busch (1995: 28f.).

¹⁰ Vgl. die zentralen Sammelbände von Hirsch/Goldthorpe (1978) und Lindberg/Maier (1985).

2.4. Politikwissenschaftliche Theorien

Zur Erklärung dieser Unterschiede erscheint eine weitere Gruppe von Ansätzen am besten geeignet, die vor allem in der Politikwissenschaft entstanden sind und sich auf Inflation als Ergebnis politischen Handelns konzentriert.

Hier ist zunächst der Ansatz von Douglas Hibbs zu nennen, der Unterschiede in den Inflationsraten mit Differenzen in der parteipolitischen Zusammensetzung von Regierungen und den verschiedenen Prioritäten bürgerlicher und sozialdemokratischer Parteien hinsichtlich makroökonomischer Ergebnisse zu erklären sucht (Hibbs 1977). Dabei geht Hibbs von der Existenz der bereits erwähnten „Phillips-Kurve“, also einem stabilen Austauschverhältnis zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit aus und argumentiert, dass sozialen Gruppen mit niedrigem Einkommen und geringem beruflichen Status am ehesten mit niedriger Arbeitslosigkeit gedient sei, während den Interessen von Beziehern höherer Einkommen und Inhabern höheren beruflichen Status am ehesten mit niedriger Inflation gedient sei. Demnach seien sozialdemokratische Parteien, zu deren Klientel die erstere Gruppe gehöre, am ehesten an niedriger Arbeitslosigkeit, bürgerliche Parteien hingegen, deren Unterstützung sich politisch aus der letzteren Gruppe speise, vor allem an niedriger Inflation interessiert (ebd.: 1467).

Neben dem Handeln von Regierungen wurde auch das Funktionieren von Lohnaushandlungssystemen mit der Neigung eines Landes zu Inflation in Verbindung gebracht. Nach Untersuchungen von Colin Crouch sind in Ländern mit zentralisierten und koordinierten Lohnaushandlungssystemen (sog. *neokorporatistischen* Systemen) eher in der Lage, niedrige Inflationsraten zu erzielen als Länder ohne solche Systeme (*liberale* Systeme). Hochorganisierte Interessen seien demzufolge eher in der Lage, die Stabilitätsanforderungen einer Marktwirtschaft auch in Bezug auf das Preisniveau zu erfüllen (Crouch 1985).¹¹

Neben der Struktur des Lohnaushandlungssystems ist von Politikwissenschaftlern auch der Einfluss einer weiteren Institution zur Erklärung von Inflation und Inflationsunterschieden herangezogen worden, nämlich der der staatlichen Zentralbank (Woolley 1985). Woolley vergleicht sechs Industrieländer in Bezug auf die Organisationsmerkmale ihrer Zentralbanken. Dabei zeigt sich, dass es hier signifikante Unterschiede gibt, und dass diese offenbar Auswirkungen auf das geldpolitische Handeln haben. Zentralbanken sind daher neben Regierungen als durchaus eigenständige Akteure anzusehen, und haben neben diesen eigene Einflussmöglichkeiten auf die Inflationsrate.

3. Zusammenfassung des Forschungsstandes

Wie kann man, in der Zusammenfassung der im vorangegangenen Abschnitt präsentierten verschiedenen Ansätze zur Erklärung von Inflation, den Forschungsstand nun charakterisieren?

Die ökonomischen Ansätze weisen auf die Wichtigkeit einer Reihe von Variablen für die Inflationsentwicklung hin: etwa der Geldmengenentwicklung, der Ent-

¹¹ Vgl. auch die ähnlichen Ergebnisse bei Schmidt (1982: 213).

wicklung der aggregierten Nachfrage oder der (Lohn-)Kosten, und sie weisen auf die Wichtigkeit von Erwartungen der Wirtschaftssubjekte hin. Allerdings stehen die verschiedenen Ansätze unverbunden nebeneinander: weder ist eine Integration aller relevant erscheinenden Variablen in ein Modell unternommen worden, noch hat sich, wie bereits erwähnt, bisher eine Theorie als allgemein anerkannt gegenüber den anderen durchgesetzt (Parkin 1992). Alle Ansätze sind zudem so ausgerichtet, dass sie eine allgemeine Erklärung der Inflation beabsichtigen, was jedoch bedeutet, dass die (weiter oben dargelegten) erheblichen *Unterschiede* in der Inflationsperformanz der Industrieländer durch sie nicht erklärt werden können. Institutionelle Faktoren, die zwischen den Ländern variieren und eine hochplausible Ursache für diese Differenzen darstellen könnten, gehen in die ökonomische Analyse nur unzureichend ein.¹² Ein Grund dafür ist wahrscheinlich, dass ökonomische Theorie sich kaum des Instruments systematischen internationalen Vergleichs bedient, sondern sich eher auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten konzentriert, für die dann überall gleiche (oder zumindest sehr ähnliche) Ergebnisse erwartet werden. Während es also eine Menge klarer theoretischer Modelle gibt, sind die empirischen Befunde weitaus weniger klar, und sowohl die Ursprünge wie auch die genauen Ausbreitungsmechanismen inflationärer Impulse bleiben unsicher (Parkin 1992: 399). Ökonomen selbst haben diesen Zustand kritisch kommentiert: ihre Theorien könnten erklären, *wie* Inflation zustandekomme, aber nicht *warum* (Hirsch 1978: 263). Oder, in der schönen Formulierung von Mancur Olson: „[T]hey trace the water in the rivers to the streams and lakes from which it comes, but they do not explain the rain.“ (Olson 1982: 4).

Die außerökonomischen Ansätze zur Erklärung von Inflation weisen auf weitere potenzielle Erklärungsfaktoren hin: generell das Ausmaß an Konflikt in einer Gesellschaft als Quelle von Inflation; parteipolitische Präferenzen in der Wahl zwischen makroökonomischen Ergebnissen; und institutionelle Charakteristika von Lohnaushandlungs- und Zentralbanksystemen. Allerdings haben diese Ansätze ein gemeinsames Problem: auch hier sind jeweils nur einzelne Hypothesen getestet worden und kein kombiniertes Modell; zudem variieren die Ländersamples in der dargestellten Literatur erheblich, und die Untersuchungszeiträume unterscheiden sich ebenfalls.

Der Einfluss einer Erklärungsvariablen kann aber über die Zeit erheblich variieren, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Das wird deutlich an der Überprüfung von Douglas Hibbs parteipolitischer Hypothese, derzufolge rechte Parteien eher Preisstabilität anstreben, linke Parteien jedoch Vollbeschäftigung und dafür im

¹² Eine Ausnahme hiervon bildet die von Anhängern der „Theorie politischer Konjunkturzyklen“ versuchte Erweiterung ökonomischer Erklärungen durch Zuhilfenahme politischer Variablen, die explizit auf die Unterschiede zwischen Ländern abstellt (z.B. Alesina 1989). Hier wird ein Zusammenhang zwischen „politischer Stabilität“ eines Landes und seiner Neigung zur Inflation postuliert. Doch trotz eines anhand von empirischen Daten demonstrierten Zusammenhangs zwischen beiden Variablen bleibt dieser Ansatz unbefriedigend: zum einen erscheint der Index politischer Stabilität höchst arbiträr zusammengesetzt und seine Datenqualität fragwürdig, zum anderen bleibt die Richtung der Kausalität unklar, die potenziell in beide Richtungen wirken kann. Vor allem aber führt der Autor nicht aus, auf welche Weise hier eine Beeinflussung zustandekommen soll, sodass im eigentlichen Sinne nicht von einer Erklärung gesprochen werden kann, sondern höchstens von einer Kovarianz. Ebensogut könnten daher beide Variablen von einer dritten, nicht im Modell enthaltenen Einflussgröße abhängen.

Gegenzug Inflation in Kauf nehmen. Hibbs überprüfte diese Hypothese anhand von 12 OECD-Ländern für den Zeitraum 1960-1969 und fand eine starke Korrelation ($r = 0,74$) zwischen der Höhe der Inflationsrate und der Regierungsbeteiligung von sozialistischen Parteien (Hibbs 1977: 1473). Doch schon die Änderung des Ländersamples auf 21 OECD-Länder, wie sie aus Gründen der Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse geboten scheint, führte bei identischem Untersuchungszeitraum zu einer drastischen Verminderung in der Stärke des Zusammenhangs ($r = 0,31$, vgl. Schmidt 1982: 109). Nimmt man als Untersuchungszeitraum die Zeitspanne, in der die Inflationsraten in den Industrieländern besonders hoch waren und eine Erklärung besonders dringlich erscheint (1974-1988), so lautet das Ergebnis der Überprüfung für die 18 in Tabelle 1 aufgeführten Industrieländer: $r = 0,01$ für Linksparteien und $r = -0,02$ für Rechtsparteien (Busch 1995: 61). Es besteht also *überhaupt kein* Zusammenhang zwischen der „Farbe“ der Regierungspartei und der Höhe der Inflationsrate – ein Ergebnis, das sowohl mit den unklaren Verteilungsfolgen einer „schleichenden“ Inflation als auch mit Fortschritten in der ökonomischen Erkenntnis über die generell nachteiligen Folgen von Inflation gut erklärt werden kann (siehe dazu ausführlicher Busch 1995: 63f.).

Zusammenfassend kann man sagen, dass die bisher aufgeführten Variablen aus den ökonomischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Erklärungsansätzen zur Inflation durchaus vielversprechend sind, jedoch für eine systematische Erklärung anhand eines theoretisch fundierten internationalen Vergleichs, der mehrere dieser Variablen kombiniert und testet, auf ihre jeweilige Erklärungskraft untersucht werden müssen. Das soll im nächsten Abschnitt geschehen.

4. Ein politisch-institutionelles Erklärungsmodell

Das Ansteigen der Inflationsraten in den Industrieländern nach 1973, wie es aus Grafik 1 und Tabelle 1 hervorgeht, hat zweifellos mit den außenwirtschaftlichen Schocks zu tun, denen diese Länder damals ausgesetzt waren – den Ölpreiserhöhungen 1973 und 1979 und dem Zusammenbruch des Wechselkurssystems von Bretton Woods im Jahr 1973. Während erstere Kostenschocks auslösten, änderte letzterer die Rahmenbedingungen für nationale Geldpolitik grundlegend: unter dem System fester Wechselkurse bis 1973 waren die Teilnehmerländern (zu denen alle hier betrachteten Industrieländer gehörten) dazu verpflichtet gewesen, die im System festgelegten Wechselkurse gegenüber dem US-Dollar durch geldpolitische Maßnahmen zu stützen. Durch diesen Transmissionsmechanismus ähnelte sich die Geldpolitik und mit ihr die Inflationsraten in den Industrieländern erheblich (Salant 1977). Dies wird auch durch einen Blick in Tabelle 1 anhand der niedrigen Streuungsmaße für den Zeitraum 1965 bis 1973 deutlich.

4.1. Die Rolle der Zentralbank

Nach 1973 änderte sich die Situation grundlegend: in einem System freier Wechselkurse konnte nun jedes Land selbst bestimmen, welchen geldpolitischen Kurs es

fahren wollte. Ob eher eine restriktive Geldpolitik verfolgt werden sollte, um die Inflation zu minimieren, oder eine eher großzügige, um die Konjunktur anzukurbeln, war nun in das Benehmen der nationalen Zentralbanken gestellt. Durch die Festsetzung von Zentralbankzinssätzen beeinflussen sie die Kosten und die Erhältlichkeit von Krediten sowie die Entwicklung der Geldmenge und üben somit Einfluss auf einige der wichtigsten makroökonomischen Parameter aus. Ob sie freilich als genuin eigenständige wirtschaftspolitische Akteure anzusehen sind, hängt davon ab, in welchem Ausmaß sie gegebenenfalls eine von der Regierung unabhängige Politik betreiben können.

In der Tat gibt es erhebliche Unterschiede in der Art und Weise, in der Zentralbanken im Zeitraum nach 1973 institutionalisiert sind.¹³ Während in einigen Ländern die geldpolitischen Parameter wie Zinsentscheidungen von den Lenkungsgrößen der Zentralbank alleine und ohne Absprache mit der Regierung (bzw. zumeist dem Finanzminister) gesetzt werden können und somit ein erhebliches Maß an geldpolitischer Unabhängigkeit der Zentralbank besteht, haben in anderen Ländern die Regierungen diese Hebel fest in der Hand, und der autonome Entscheidungsspielraum der Zentralbank tendiert gegen Null – sie sind lediglich ausführendes Organ für Beschlüsse, die tatsächlich aber im Kabinett oder im Finanzministerium – also im politischen Raum – gefällt werden.

Politiker können jedoch bisweilen ein gewisses Interesse an zumindest leichter Inflation haben. Ansätze in der Tradition der Politischen Ökonomie haben argumentiert, dass Inflation dazu dienen kann, angesichts von Nominallohnrigiditäten Reallöhne zu senken, um damit die Wirtschaftstätigkeit (etwa vor einer Wahl) anzukurbeln, oder um Seignorage-Gewinne (Gewinne aus Geldausgabe) zu machen (siehe dazu Cuckierman 1992: 16-22; sowie Alesina 1989 und Woolley 1992). Obwohl Politiker generell an hoher Preisstabilität interessiert sind, kann es nach diesem Modell zu bestimmten Zeitpunkten dennoch ein Interesse an Inflation geben. Dieses unter den Stichworten „dynamic“ bzw. „time inconsistency“ bekannte Verhalten kann nur durch die Etablierung fester Regeln für die Geldpolitik vermieden werden – durch die Kappung des Einflusses (partei-)politischer Erwägungen in diesem Bereich. Ein Mittel, solche festen Regeln einzuführen, liegt in der Errichtung einer unabhängigen Zentralbank.

In einem demokratischen Staat ist die Übertragung von Entscheidungsmacht – insbesondere in so wichtigen Bereichen wie der Wirtschaftspolitik – an demokratisch nicht verantwortliche Akteure natürlich ein Problem. Es gibt eine Reihe von Argumenten, die sowohl *für* wie auch *gegen* eine unabhängige Zentralbank vorgebracht werden können. Auf sie kann hier aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden.¹⁴ Betont werden soll jedoch, dass es hierfür keine einzige „beste“ Antwort gibt – vielmehr ist dies eine Frage, bei der normative Einschätzungen und politische Prioritäten eine wichtige Rolle spielen. Demzufolge haben sich auch in verschiedenen Ländern unterschiedliche Lösungen durchgesetzt, und das Ausmaß

13 In diesem Bereich hat es im Lauf der dargestellten Zeit, v.a. seit Anfang der 1990er Jahre im Zusammenhang mit dem Prozess der europäischen Einigung, erhebliche institutionelle Änderungen gegeben, auf die weiter unten im Text noch genauer eingegangen wird. Hier wird die Situation nach 1973 geschildert.

14 Die beste Zusammenfassung der Argumente findet sich bei Caesar (1980).

der politischen Unabhängigkeit der Zentralbank variierte nach 1973 erheblich zwischen den Industrieländern.¹⁵

Die wichtigsten Faktoren in diesem Bereich sind

- die *rechtliche* Unabhängigkeit (Vetomacht anderer Institutionen bei geldpolitischen Entscheidungen; etwaige Konsultationspflichten),
- die *persönliche* Unabhängigkeit der Mitglieder der Lenkungsorgane (Aus- und Wiederwahlprozeduren; Entfernbarkeit aus dem Amt), und
- die *ökonomische* Unabhängigkeit (Pflicht der Zentralbank zum Kauf von Staatsschuldtiteln oder Verbot desselben).

Fasst man die bisher gemachten Überlegungen zusammen, so ergibt sich die Hypothese, dass in Ländern mit unabhängigen Zentralbanken die Inflationsrate niedriger sein sollte, da in diesen Ländern kein direkter politischer Einfluss auf geldpolitische Entscheidungen besteht und diese folglich restriktiver gehandhabt werden.

Eine empirische Überprüfung anhand eines Indikators für Zentralbankunabhängigkeit für die 18 in Tabelle 1 aufgeführten Länder für den Zeitraum 1973 bis 1986 bestätigt diese Hypothese.¹⁶ Je politisch unabhängiger die Zentralbank in einem Land ist, desto niedriger ist die Inflationsrate ($r = -0,80$).

Damit ist eine der oben genannten zentralen ökonomischen Hypothesen (die von der Wichtigkeit monetärer Einflussfaktoren) im Rahmen einer politisch-institutionellen Umsetzung berücksichtigt worden. Falls Regierungen tatsächlich – wie die ökonomische Theorie der Politik unterstellt – auf Inflation aus sind, so treffen sie in unabhängigen Zentralbanken auf mächtige Gegenspieler. Zentralbanken unter starkem politischem Einfluss können sich hingegen offenbar nicht so gut gegen politische Manipulationen wehren und sind deshalb schwächer bei der Bekämpfung der Inflation. Dies gilt jedoch nur unter der Randbedingung eines Systems flexibler Wechselkurse, da nur hier Geldpolitik wirklich den Spielraum hat, nationale Prioritäten umzusetzen.

4.2. Streiktätigkeit

Weitere wichtige Variablen aus dem zu Beginn dieses Beitrages aufgeführten Theorienrepertoire waren der Verteilungskampf zwischen sozialen Gruppen, auf den sowohl ökonomische wie auch soziologische Ansätze Bezug nahmen, und der Kostendruck. Auf beide soll im folgenden Abschnitt mit einer Operationalisierung eingegangen werden.

Diese Operationalisierung erfolgt durch das Ausmaß an Streiktätigkeit in einem Land. Streiktätigkeit kann zum einen als Näherungsmaß für sozialen Dissens verstanden werden,¹⁷ zum anderen ist hohe Streiktätigkeit auch mit hohen Lohnsteigerungen verbunden und kann daher als Kostendruckfaktor verstanden werden, der

15 Ausführliche Daten zur historischen Entwicklung und den Bestimmungen vieler Zentralbanken finden sich in Goodhart (1988).

16 Zu Details des verwendeten Indikators siehe die Diskussion bei Busch (1995: 105-111).

17 Zu einem ähnlichen Vorgehen siehe etwa McCallum (1983).

den inflationären Druck erhöht.¹⁸ In Ländern mit hoher Streiktätigkeit sollte demzufolge die Inflationsrate höher sein als in Ländern mit ausgeprägtem Arbeitsfrieden und wenig Streiks.

Zur Messung der Streiktätigkeit gibt es einen in der Literatur gewöhnlich verwendeten Indikator: die Zahl der jährlich durch Streik verlorengegangenen Arbeitstage pro 1000 Beschäftigte in den nicht-landwirtschaftlichen Sektoren der Volkswirtschaft (siehe Cameron 1984; Armingeon 1992). Diesem Indikator zufolge variiert das Ausmaß von Streiktätigkeit in den Industrieländern erheblich: die wenigsten Arbeitskämpfe gibt es in der Schweiz, wo zwischen 1973 und 1986 im Jahresdurchschnitt lediglich 1,44 Arbeitstage pro Tausend Beschäftigte verlorengingen, während der Streikkoeffizient in Italien mit einem Wert von 958,63 um mehr als den Faktor 600 darüberlag. Im Mittel der hier betrachteten 18 Länder lag er bei 296.

Eine empirische Überprüfung der oben dargelegten Hypothese ergibt Unterstützung für einen positiven Zusammenhang zwischen Streikkoeffizient und Inflationsrate: der Korrelationskoeffizient beträgt $r = 0,78$, d.h. dass ein höheres Ausmaß von Arbeitskämpfen deutlich mit einer höheren Inflationsrate assoziiert ist.

Bei diesem Zusammenhang stellt sich freilich noch die Frage nach der Kausalität: es könnte ja sein, dass höhere Streikraten lediglich *Ergebnis* von höherer Inflation sind (um Realeinkommen zu halten) und nicht deren Auslöser. Genauere Untersuchungen der Daten zeigen jedoch, dass dem nicht so ist (vgl. Busch 1995: 85-91). Vielmehr wird klar, dass das Ausmaß an Streiktätigkeit in einzelnen Ländern relativ unabhängig von der Höhe der Inflationsrate ist. Sie scheint damit eher von organisatorisch-institutionellen Variablen bestimmt, wie das auch Ergebnisse der Gewerkschaftsforschung nahelegen (vgl. als Überblick Cameron 1984; Armingeon 1992). Demnach ist die Neigung zu Arbeitskämpfen weniger durch kurzfristige ökonomische Schwankungen bestimmt als vor allem durch Faktoren wie den Zentralisierungsgrad des Gewerkschaftssystems, das Ausmaß ideologischer Differenzen zwischen den Teilgewerkschaften und die Struktur des Lohnaushandlungssystems – was auch die Verwendung der Streiktätigkeit als gewissermaßen abgeleiteter Variablen im Rahmen eines institutionellen Modells rechtfertigt.

4.3. Fiskalpolitik und Inflation

Als letzter Faktor soll nun noch die staatliche Fiskalpolitik berücksichtigt werden, die im Rahmen ökonomischer Ansätze (theoretisch entweder via *demand pull* oder über die monetären Konsequenzen von *deficit spending*) eine wichtige Rolle spielt. Expansive staatliche Fiskalpolitik, wie sie etwa zur Dämpfung einer Rezession betrieben werden kann, kann demnach inflationäre Folgen haben. Ihr Einsatz hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab – etwa zugrundeliegenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Doktrinen („Keynesianismus“ sei hier nur als Beispiel genannt) oder parteipolitischen Präferenzen.

18 Siehe zum Zusammenhang zwischen Streiktätigkeit und Lohnsteigerungen Länderdaten etwa bei Salvati (1985) für Italien, oder (für Daten im internationalen Vergleich) Allsopp (1982) und Cameron (1984).

Doch auch institutionelle Faktoren spielen hier eine Rolle. Denn die „politische Schwierigkeit“, expansive Fiskalpolitik zu betreiben, hängt in erheblichem Teil von Faktoren des Staatsaufbaus ab. Der Hauptgrund dafür ist, dass sie – aus Effizienzgründen – Aufgabe des Zentralstaats ist. Sie ist daher umso leichter durchzuführen, je höher das Maß an fiskalischer Zentralisierung in einem Staat ist. Diese ist z.B. in einem Einheitsstaat wahrscheinlich weitaus höher als in einem Föderalstaat, in dem neben dem Zentralstaat auch die Gliedstaaten über eigenständige Haushalte verfügen. Da die Wirksamkeit eines fiskalpolitischen Impulses abhängt von der Menge der eingesetzten Mittel in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), kann man folgern, dass die „politische Schwierigkeit“ expansiver Fiskalpolitik umso größer ist, je stärker das Zentralstaatsbudget erhöht werden muss, um einen Impuls von gegebener Größe (etwa 1 Prozent des BIP) auszulösen. Daneben hat natürlich auch die Höhe der Staatsquote (Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt) einen Einfluss, denn je höher sie ist, desto weniger muss sie gesteigert werden, um einen entsprechenden Impuls auszulösen.

Es geht also letztlich um den Anteil des Zentralstaatshaushalts am BIP. Wie die bisher angeführten institutionellen Faktoren variiert auch dieser erheblich unter den OECD-Ländern: Während er zwischen 1973 und 1986 in der Schweiz bei unter 10 Prozent liegt, beträgt er in Dänemark über 35 Prozent – eine erhebliche Spannweite. Daraus ergibt sich, dass das Zentralstaatsbudget in Dänemark lediglich um 2,7% erhöht werden müsste, um einen Impuls von 1 Prozent des BIP auszulösen, während die entsprechende Steigerungsrate in der Schweiz 10,8% beträgt – das Vierfache also.

Entsprechend variiert, nach dem oben Ausgeführten, die „politische Schwierigkeit“ expansiver Fiskalpolitik. Wo erstere niedriger ist, sollte letztere – unter sonst gleichen Umständen – eher eingesetzt werden, sodass sich ein negativer Zusammenhang zwischen „Schwierigkeitsgrad“ und der Inflationsrate ergeben sollte. Damit ist nicht gesagt, dass der Einsatz expansiver Fiskalpolitik ausschließlich hiervon abhängt – schließlich ändert sich der „fiskalische Schwierigkeitsgrad“ im Lauf der Zeit aufgrund seiner weitgehend institutionellen Bestimmungsgründe nur wenig (vgl. dazu die Grafik bei Busch 1995: 121), während in einigen Ländern das Ausmaß der Nutzung expansiver Fiskalpolitik (etwa aufgrund parteipolitischer Präferenzen) erheblichen Schwankungen unterliegt. Dennoch soll hier argumentiert werden, dass dieser institutionelle Faktor langfristig und im internationalen Vergleich Wirkung zeigt. Tatsächlich ergibt eine empirische Überprüfung für den Zeitraum 1973 bis 1986 einen Korrelationskoeffizienten von $r = -0,60$: höhere „Schwierigkeitsgrade“ sind tatsächlich mit niedrigeren Inflationsraten assoziiert.

Fiskalisch dezentralisierte (und das heißt zumeist: föderale) politische Systeme legen also, so kann man zusammenfassen, Regierungen, die expansive Fiskalpolitik betreiben wollen, erhebliche Hürden in den Weg. Dies ist einmal der Fall in Bezug auf die ihnen zur Verfügung stehenden (geringeren) Mittel, andererseits aufgrund der hohen politischen Kosten, die eine zeitgerechte und zielgerichtete Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität erfordert. Doch wenn diese als Konsequenz gering ausfällt, so gilt dies auch für die (unerwünschte) Nebenwirkung Inflation: sie ist in diesen Ländern durchwegs niedriger als in den fiskalisch hochzentralisierten Staaten.

4.4. Zusammenfassung

Die bisher nur einzeln betrachteten Erklärungsvariablen sollen im Folgenden zu einem Modell zusammengefasst werden, das dann auf seine Erklärungskraft hinsichtlich der Inflationsraten in den in Tabelle 1 angegebenen OECD-Ländern getestet werden soll.

Dieser Test kann mittels einer Regressionsanalyse durchgeführt werden. Berechnet man eine solche multiple Regression für die angegebenen Variablen,¹⁹ so ergibt sich eine erklärte Varianz von 0,73 ($N = 17$, t-Statistik in Klammer).

$$\text{Infl.73-86} = 10,27 - 0,63 \text{ Zbkunabh} + 0,0058 \text{ Streik} - 0,38 \text{ Fiskal} \\ (6,36) \quad (0,87) \quad (3,61) \quad (-1,54)$$

Das bedeutet, dass die aufgeführten Variablen Unabhängigkeit der Zentralbank, Ausmaß der Streiktätigkeit und Höhe des fiskalpolitischen Schwierigkeitskoeffizienten gemeinsam etwa *drei Viertel* der Varianz der Inflationsrate zwischen 1973 und 1986 erklären können.²⁰

Politisch-institutionelle Variablen, so wird daraus deutlich, können einen wichtigen Beitrag zur Erklärung von Inflation leisten. Inflation ist demnach *ceteris paribus* in solchen Ländern niedrig, in denen ein niedriges Konfliktniveau zwischen Kapital und Arbeit (gemessen an der Streiktätigkeit) übermäßige, die Preisstabilität gefährdende Lohnsteigerungen verhindert; in denen eine von politischer Einflussnahme unabhängige Zentralbank die Geldpolitik so handhaben kann, dass Preissteigerungstendenzen entgegengewirkt werden kann; und in denen einer starken fiskalpolitischen Expansion, die zur Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung auch inflationäre Impulse in Kauf nehmen würde, hohe institutionelle Barrieren entgegenstehen. Hingegen können höhere Inflationsraten dort erwartet werden, wo unstrukturierte Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit zu einem hohen Maß an Streiktätigkeit führt und sich in hohen Lohn- und Kostensteigerungen niederschlägt; wo eine Zentralbank in ihrer Geldpolitik nur die Anordnungen der Regierung ausführt, deren Interesse an Preisstabilität kurzfristig eventuell anderen Erwägungen untergeordnet wird; und wo Regierungen, ohne auf große Hindernisse zu stoßen, wirtschaftliche Aktivität durch expansive Fiskalpolitik ankurbeln können, auch wenn dies inflationäre Folgen haben könnte.

19 In der folgenden Regressionsgleichung bedeutet „Infl.73-86“ die durchschnittliche Inflationsrate zwischen 1973 und 1986, „Zbkunabh“ die politische Unabhängigkeit der Zentralbank, „Streik“ die Höhe des Streikkoeffizienten und „Fiskal“ das Ausmaß an fiskalpolitischer Schwierigkeit.

20 Die vergleichsweise niedrigen Signifikanzwerte zweier Variablen (Zbkunabh und Fiskal) deuten auf statistische Probleme im Datenmaterial, genauer: auf die Existenz von Multikollinearität hin. Diese entsteht bei einem hohen Grad von Korrelation zwischen den unabhängigen Variablen. Da die Korrelation zwischen beiden Variablen sehr hoch ist ($r = 0,70$), ist dies hier anzunehmen. Durch Anwendung weiterer Testverfahren (u.a. Verwendung gepoolter Daten) kann im vorliegenden Fall gezeigt werden, dass dennoch alle drei erklärenden Variablen statistisch signifikant sind. Aus Platzgründen wird hier auf eine eingehende Darstellung des Verfahrens verzichtet – vgl. dazu Busch (1995: 139-142).

5. Entwicklung zur niedrigen Inflation seit 1985

Die Einschränkung des Zeitraums in der oben vorgelegten Analyse auf die Jahre 1973 bis 1986 mag unbefriedigend erscheinen, doch gibt es für sie einen guten Grund: ebenso wie sich 1973 die Rahmenbedingungen durch das Ende des Wechselkursystems von Bretton Woods änderte, gab es nach 1986 wiederum grundlegende Änderungen, wenn auch diesmal nur in der faktischen Handhabung der Wechselkurspolitik. Sie hängen zentral zusammen mit dem politischen Projekt der europäischen Einigung und den engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den europäischen Ländern. Daneben gab es aber auch Änderungen in den wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen in den OECD-Ländern, oder, genauer gesagt, eine Konvergenz auf ein Leitbild, das niedrige Inflation in das Zentrum der Wirtschaftspolitik stellte. Beide Entwicklungen, die etwa ab Mitte der 1980er Jahre eine Phase niedriger Inflationsraten in den Industrieländern einleiteten, sollen im Folgenden ausführlicher dargestellt werden.

5.1. Auswirkungen der europäischen Integration

Obwohl alle Industrieländer durch enge Handelsbeziehungen miteinander verflochten sind, haben die Länder der Europäischen Union (EU) hier ein besonders hohes Maß erreicht.²¹ Während die EU als Ganze einen ähnlichen Grad wirtschaftlicher Offenheit aufweist wie die USA oder Japan (nämlich 12,3% gegenüber 10,1% bzw. 11,4%),²² ist die Integration zwischen den Mitgliedsländern der EU wesentlich höher: sie beträgt zum Beispiel über 75% in Belgien, etwa 60% in Irland und den Niederlanden, und zwischen 25 und 30% in der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien.

Aufgrund dieser besonders engen wirtschaftlichen Integration ist die Herstellung stabiler Währungsrelationen zwischen ihren Volkswirtschaften für die europäischen Länder von besonders großer Bedeutung. Schon kleine Schwankungen stellen bei dieser engen ökonomischen Verflechtung Schocks dar, die erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Wohlfahrt der Länder der EU haben.

Die Aufrechterhaltung von Wechselkursstabilität gehörte deshalb von jeher zu den vorrangigen wirtschaftspolitischen Zielen in der EU, vom Europäischen Währungsabkommen (1958) über die „Schlange“ (1973) bis zum Europäischen Währungssystem (EWS) von 1979 und führte schließlich zur Europäischen Währungsunion (EWU), die 1999 durch die Einführung einer einheitlichen Währung das Wechselkursrisiko für immer abschaffte (vgl. als Überblick Deutsche Bundesbank 1992).

Doch lange vor der Verwirklichung der EWU hatten diese Entwicklungen bereits einen erheblichen Einfluss auf die Inflationsrate. Zwar war das EWS als Sy-

21 Die Europäische Union wurde erst durch den Vertrag von Maastricht (1992) gegründet. Zuvor war die korrekte Bezeichnung Europäische Gemeinschaft, doch wird hier aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung von Europäischer Union auch für die Zeit vor 1992 gesprochen.

22 Die Zahlen beziehen sich auf die Importe als Anteil am BIP. Bezugsjahr ist 1987 und die Zahlen entstammen (Giavazzi/Giovannini 1989: 3) bzw. eigenen Berechnungen nach Statistiken der OECD.

stem zur Begrenzung von Wechselkursschwankungen konzipiert worden, doch musste eine Stabilisierung des Außenwertes der Währungen auch Auswirkungen auf den Binnenwert der Währungen haben. Und das System, das ursprünglich als eines von festen, aber anpassbaren Wechselkursen konzipiert worden war, wurde ab Mitte der 1980er Jahre von den beteiligten Ländern immer stärker wie ein Festkurssystem gehandhabt. Ab Januar 1987 kam es für mehr als fünf Jahre zu keinen Anpassungen der Leitkurse mehr. Dies war jedoch das Resultat politischer Entscheidungen und nicht etwa weitgehender ökonomischer Konvergenz: Im Vorfeld der Vollendung des Binnenmarktes (1992) wollte kein Land seine Währung gegenüber anderen EU-Währungen abwerten, was als politische Niederlage betrachtet worden wäre. Das EWS verhielt sich dadurch so, als ob es schon eine Währungsunion zwischen den beteiligten Ländern gäbe.

Die generellen Auswirkungen dieses Verhaltens können hier nicht weiter diskutiert werden (siehe dazu etwa Busch 1994b). In Bezug auf die Inflationsrate führte es allerdings zu einer Angleichung, und zwar auf einem relativ niedrigen Niveau: In dem Maße, in dem die Teilnehmerländer des EWS faktisch die Ankerrolle der D-Mark akzeptierten, kam es zu einer geldpolitischen Führung des gesamten EWS durch die Deutsche Bundesbank. Die anderen Länder tauschten gewissermaßen die – über die Jahrzehnte erworbene – antiinflationäre Glaubwürdigkeit der Bundesbank gegen eine verringerte geldpolitische Souveränität und profitierten u.a. durch niedrigere Zinssätze und Inflationsraten. Es kam, wie Wayne Sandholtz es formuliert hat, zu einer „Bekehrung zur makroökonomischen Disziplin“ (Sandholtz 1993).

Im Rahmen des oben vorgestellten Modells bedeutet dies, dass die EWS-Länder die Zentralbank-Charakteristika der Bundesbank „importierten“, da sie ihre Geldpolitik nach deren Führung ausrichteten. Das bedeutet gleichzeitig, dass die nationalen geldpolitischen Charakteristika (im allgemeinen eine geringere politische Unabhängigkeit der Zentralbank) für die Dauer dieses Verhaltens keine Rolle mehr spielten und damit die Erklärungskraft des Modells zurückgeht, sofern man die Daten weiter auf nationaler Ebene erhebt: Denn auch in Ländern mit politisch abhängigen Zentralbanken wurde nun so Geldpolitik betrieben, als ob man eine unabhängige Zentralbank habe. Dies gilt jedenfalls für die Mitgliedsländer des EWS, und somit für nicht weniger als acht von 18 hier untersuchten Ländern.

5.2. Geänderte wirtschaftspolitische Leitvorstellungen

In den übrigen Ländern zeigt sich eine unverändert hohe Erklärungskraft des institutionellen Modells auch für den Zeitraum nach 1986 (Busch 1996: 314). Doch ergeben sich auch hier ab Mitte der 1980er Jahre signifikante Veränderungen, die in der Konsequenz – wie in den EU-Staaten – zu niedrigeren Inflationsraten führen.

Hier sind vor allem Änderungen in den wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen zu nennen. Aufbauend auf einem sich seit den 1970er Jahren bildenden Konsens in der Wirtschaftswissenschaft über die negativen Konsequenzen von Inflation sowie deren monetäre Hauptursachen, wurden sie befördert durch die Rezeption monetaristischen Gedankenguts in konservativen Parteien, die in den 1980er Jahren in vielen Industrieländern an die politische Macht kamen. Am prominentesten war der wirtschaftspolitische Strategiewechsel wohl in Großbritannien, wo eine auf keyne-

sianischen Prinzipien aufbauende Wirtschaftspolitik durch ein offenes Bekenntnis zum Monetarismus abgelöst wurde (Busch 1989; Hall 1993). Auch wenn dieser Kurswechsel nicht in allen Ländern so dezidiert von statten ging, so kam es doch zu einer Konvergenz wirtschaftspolitischer Vorstellungen, in deren Mittelpunkt die Überzeugung stand, niedrige Inflation sei die Voraussetzung für gute wirtschaftliche Leistungen, von Wirtschaftswachstum bis zu einer niedrigen Arbeitslosenquote. Dies wich deutlich ab von Vorstellungen über Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation, wie sie unter dem Leitbild der „Phillips-Kurve“ die (keynesianisch geprägten) wirtschaftspolitischen Vorstellungen der 1960er und 1970er Jahre dominiert hatten.

Die deutliche Disinflation der Jahre nach 1986 kann jedoch direkter auch im Rahmen des oben dargestellten Modells erklärt werden, nämlich durch einen starken Rückgang in der Streiktätigkeit in den OECD-Ländern. So sank im Zeitraum von 1986 bis 1993 der Streikkoeffizient auf 103 verlorene Arbeitstage pro Tausend Beschäftigte – ein drastischer Rückgang gegenüber der Periode 1973 bis 1986, in der er noch 296 betragen hatte. Ob der Rückgang des Streikkoeffizienten auf nahezu ein Drittel auf eine anti-gewerkschaftliche Politik konservativer Regierungen, auf sinkende Macht der Gewerkschaften durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit oder durch andere Faktoren erklärt werden kann, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Ab den 1990er Jahren kam – wiederum hauptsächlich in der EU, aber auch in anderen Ländern – eine weitere Veränderung hinzu: eine Konvergenz hin auf ein Modell unabhängiger Zentralbanken. Die theoretischen Begründungen der Ökonomie, die sich von einer unabhängigen Zentralbank eine Verminderung der generellen Inflationsneigung demokratischer Politik sowie eine Verringerung wahltaktischer Manipulationen von Geldpolitik erhofften (vgl. etwa Alesina 1988), waren in der Politik auf offene Ohren gestoßen. Auch die seit den 1970er Jahren gestiegene Staatsverschuldung spielte eine – wenn auch indirekte – Rolle: Länder mit unabhängigen Zentralbanken wurden von den Kapitalmärkten (wegen erwarteter niedrigerer Inflationsraten) als zuverlässigere Schuldner gesehen. Dies schlug sich in einer niedrigeren „Risikoprämie“ für Staatsschuldanleihen dieser Länder nieder, was wiederum geringere Zinssätze, einen niedrigeren Schuldendienst und bessere Rahmenbedingungen für Investitionen und Wirtschaftswachstum bedeutete.

Aus diesen Gründen entließen die meisten EU-Länder ihre Zentralbanken bereits vor dem in den Verhandlungen über die Europäische Währungsunion festgelegten Zeitpunkt freiwillig in die Unabhängigkeit.²³ Außerhalb Europas verwundert es nicht, dass gerade Länder mit sehr schlechter Inflationsbilanz das Mittel einer unabhängigen Zentralbank zur Verbesserung der Lage wählten, wie dies etwa in Neuseeland im Jahr 1989 geschah (Swinburne/Castello-Brancato 1991). Und selbst Großbritannien, das nach seinem Verfassungssystem die größten Schwierigkeiten mit einer unabhängigen Zentralbank haben sollte, entschied sich im Jahr 1997 für dieses Modell.²⁴

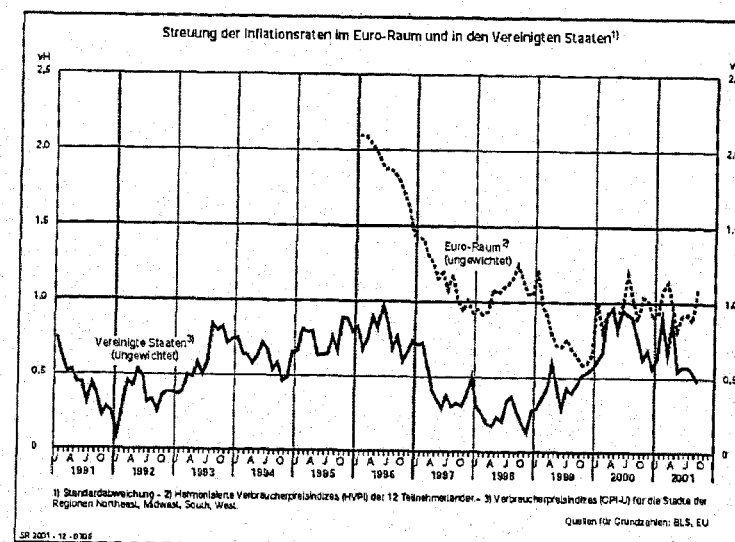
23 Genauer zu diesem Prozess mit weiteren Nachweisen: Busch (1994a).

24 Bisweilen ist argumentiert worden, dass die Bekehrung zu einem „neo-liberalen Konsens“ in den 1980er Jahren die relative Wichtigkeit einer unabhängigen Zentralbank für die Preisstabilität verringert habe (Kaltenthaler/Anderson 2000). Ein solcher Ansatz vermag jedoch nicht zu erklären, warum dann just in diesem Zeitraum so viele Länder ihre Zentralbanken in die Unabhängigkeit entließen.

5.3. Inflationsvarianz in der Währungsunion

Der weiter oben angesprochene „Import“ fremder institutioneller Charakteristika ist demnach in den 1990er Jahren durch institutionelle Änderungen in den EU-Ländern beendet worden. Doch schon gegen Ende des Jahrzehnts kam es mit dem Übergang zur Europäischen Währungsunion zu einer weiteren, fundamentalen Änderung, nämlich dem Verzicht von zwölf Staaten auf eine souveräne Geldpolitik und die Unterordnung unter die diesbezüglichen Entscheidungen der Europäischen Zentralbank.

Abb. 2: Inflationsvarianz in der EWU im Vergleich mit den Vereinigten Staaten



Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2001/02: „Für Stetigkeit – gegen Aktionismus“; Grafik 50, S. 267.

Bereits seit Mitte der 1990er Jahre war es zu einer deutlichen Verringerung der Streuung der Inflationsraten der späteren Mitgliedsländer gekommen – ein absichtlicher und angestrebter Prozess der Konvergenz makroökonomischer Indikatoren, der die bereits weiter oben angesprochene informelle Entwicklung der 1980er und frühen 1990er Jahre fortgeführt hatte. Dennoch bleibt die (verglichen mit den „alten“ Währungsgebieten) erhöhte Heterogenität des neuen europäischen Währungsraumes auch in Bezug auf die Inflation eine Herausforderung, die sich etwa in Problemen der Messung von Inflation niederschlägt. Die Europäische Zentralbank hat hierfür eine Reihe neuer Indikatoren entwickelt, um die Einhaltung ihres Zieles hinsichtlich der Preisstabilität zu kontrollieren (Europäische Zentralbank 2001).²⁵

25 Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat im Oktober 1998 die im EU-Vertrag festgelegte vorrangige Aufgabe der EZB zur Erhaltung der Preisstabilität als Anstieg des „Har-

Trotz der erheblichen Konvergenz gibt es im Euro-Währungsraum auch weiterhin unterschiedliche Inflationsraten in den verschiedenen Teilnehmerländern. Eine regionale Variation der Inflationsrate ist jedoch nichts ungewöhnliches – wie Abbildung 2 zeigt, bewegen sich die Unterschiede im Euro-Raum bereits auf ähnlichem Gebiet wie die Unterschiede der Inflationsraten im Währungsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl der dortige Währungsraum bereits seit wesentlich längerer Zeit integriert ist.

6. Ausblick

Inflation, so wurde schon am Anfang dieses Artikels festgestellt, ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den Industrieländern kein großes wirtschaftspolitisches Problem mehr. Die heutigen diesbezüglichen Herausforderungen befinden sich in anderen Gebieten – hauptsächlich denen des Wirtschaftswachstums und der Performanz des Arbeitsmarktes.

Ist dies „das Ende der Inflation“, wie schon gelegentlich festgestellt wurde? Einige Beobachter sind dieser Meinung (siehe z.B. Bootle 1997). Eine ganze Reihe von Gründen wird dafür angeführt. So führe beispielsweise beschleunigter technologischer Wandel ebenso wie gestiegene internationale ökonomische Integration zu einer Verschärfung des Wettbewerbs auf vielen Märkten, der inflationären Druck eindämme. Zudem wird auf den Konsens verwiesen, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten in der Wirtschaftswissenschaft hinsichtlich der Ursachen von Inflation entwickelt hat – nämlich, dass diese vor allem auf geldpolitischer Fehlsteuerung beruhe. Als Folge dieses Konsenses hätten Zentralbanken in der ganzen Welt die Strategie übernommen, sich Inflationsziele zu setzen, und dies sei sehr erfolgreich gewesen (Mishkin/Schmidt-Hebbel 2001). Kritisch muss hierzu jedoch angemerkt werden, dass diese Strategie des *inflation targeting* bisher durch keine substanziellen Schocks getestet wurde – ob sie auch Herausforderungen von der Art der Ölpreisschocks der 1970er Jahre überstehen würde, kann man nicht beantworten.

Zudem erscheint eine ausschließliche Konzentration auf geldpolitische Faktoren, so wichtig diese auch sein mögen, zu einseitig: Denn auch hinsichtlich des Kostendrucks, wie er in dem hier vorgestellten Modell operationalisiert worden ist, haben sich starke Änderungen ergeben. Der Streikkoeffizient, der in den 1970er Jahren noch bei 448 jährlich verlorenen Arbeitstagen pro 1000 Beschäftigten lag und der in den 1980er Jahren auf 183 sank, ging in den 1990er Jahren weiter auf lediglich 59 zurück.²⁶ Neben einer Schwächung der gewerkschaftlichen Schlagkraft durch sinkenden Organisationsgrad werden hierfür auch Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels verantwortlich gemacht, da im wachsenden Dienstleistungssektor seltener gestreikt wird als im schrumpfenden Verarbeitenden Gewerbe. Jedoch ist auch hier ein Fragezeichen angebracht: Der wirtschaftliche Strukturwandel führt – mit konzentrierten Lieferantenbeziehungen, Abbau von Lagerhaltung und Schwerpunkt auf „just in time delivery“ – zu erhöhter Verwundbarkeit bei vielen Unternehmen, die daher Arbeits-

monisierten Verbraucherpreisindex“ für das Euro-Währungsgebiet von unter 2% gegenüber dem Vorjahr quantifiziert.

26 Durchschnitt von 22 OECD-Ländern, Daten nach Institut der deutschen Wirtschaft (2001: 4).

kämpfe scheuen. Lohnsteigerungen und Kostendruck könnten so eventuell auch entstehen ohne sich zuerst in entsprechender Streiktätigkeit niederzuschlagen.

Neben einem Trend zu fester Geldpolitik und niedrigen Streikraten scheint auch von staatlicher Seite, angesichts des allgemeinen Trends zu Budgetkonsolidierung, gegenwärtig in den OECD-Ländern keine inflationäre Gefahr auszugehen. Alle drei Faktoren des hier vorgestellten politisch-institutionellen Modells zur Inflationserklärung deuten daher für die Gegenwart auf einen niedrigen Inflationsdruck hin. Dennoch soll zum Schluss nicht in den Chorus über das „Ende der Inflation“ eingestimmt werden – aus zwei Gründen: zum einen ist in vielen Ländern außerhalb der Gruppe der Industrieländer Inflation noch immer gegenwärtig (zum Teil mit jährlichen Raten von über 100 Prozent), weshalb man nicht von einem gelösten Problem sprechen kann;²⁷ zum anderen ist, worauf Fed-Chairman Alan Greenspan einmal hingewiesen hat, die Wirtschaftsgeschichte übersät von voreilig propagierten „neuen Zeitaltern“, die sich im nachhinein als Trugbild herausstellten. Ob die Vorstellung von einer inflationsfreien Zukunft sich als real erweist oder ebenfalls als Wunschvorstellung, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

Literatur

- Advisory Commission to Study The Consumer Price Index*, 1996: Toward A More Accurate Measure Of The Cost Of Living. Final report to the Senate Finance Committee, Washington D.C.: Government Printing Office.
- Alesina, Alberto*, 1988: Macroeconomics and Politics, in: *Stanley Fischer* (Hrsg.), National Bureau of Economic Research Macroeconomics Annual 1988, Cambridge MA: MIT Press, 13-52.
- Alesina, Alberto*, 1989: Politics and business cycles in industrial democracies, in: *Economic Policy* 8, 55-98.
- Allsopp, Christopher*, 1982: Inflation, in: *Andrea Boltho* (Hrsg.), The European Economy. Growth and Crisis, Oxford: Oxford University Press, 72-103.
- Armington, Klaus*, 1992: Streiks, in: *Manfred G. Schmidt* (Hrsg.), Lexikon der Politik, Band 3: Die westlichen Länder, München: Beck, 431-435.
- Bootle, Roger P.*, 1997: Das Ende der Inflation: worauf sich Unternehmen und Anleger in der Ära stabiler Preise einstellen müssen, Frankfurt am Main.
- Busch, Andreas*, 1989: Neokonservative Wirtschaftspolitik in Großbritannien: Vorgeschichte, Problemdiagnose, Ziele und Ergebnisse des „Thatcherismus“, Frankfurt am Main.

27 Für diese Länder werden wahrscheinlich zur Erklärung von Inflation teilweise andere Variablen als für die Industrieländer in Betracht gezogen werden müssen. Denn man kann nicht davon ausgehen, dass politische Systeme in beiden Ländergruppen auf dieselbe Weise funktionieren. Diese grundsätzliche Erkenntnis vergleichender Forschung – dass man nämlich zur Erklärung von Unterschieden nur sehr ähnliche Systeme miteinander vergleichen sollte, um sicherstellen zu können, dass die wenigen spezifizierten Variablen wirklich Erklärungskraft haben und alle Differenzen zwischen den betrachteten Ländern erfassen – wird leider in der Wirtschaftswissenschaft oft nicht beachtet. Ein jüngeres Beispiel dafür ist die Studie von Campillo/Miron (1997), in der 62 Länder miteinander verglichen werden. Das Sample wird allein durch das Vorliegen von Daten für Zentralbankunabhängigkeit definiert. Angesichts der ausgeprägten Heterogenität der Vergleichsgruppe und der mutigen Missachtung aller Regeln für den Vergleich von Ländern verwundert es auch nicht, dass die Autoren dann zu einem Ergebnis kommen, das vielen Ergebnissen in der Literatur widerspricht: dass nämlich das Ausmaß an Zentralbankunabhängigkeit keine wichtige Rolle für die Höhe der Inflationsrate spielt. Ob man diesen Ergebnissen vertraut, ist wohl nicht zuletzt eine Frage des eigenen Methodenbewusstseins...

- Busch, Andreas, 1994a: Central Bank Independence and the Westminster Model, in: *West European Politics* 17, 53-72.
- Busch, Andreas, 1994b: The Crisis in the EMS, in: *Government and Opposition* 29, 80-96.
- Busch, Andreas, 1995: Preisstabilitätspolitik. Politik und Inflationsraten im internationalen Vergleich, Bd. 8 der Reihe *Gesellschaftspolitik und Staatsstätigkeit*, Opladen: Leske + Budrich.
- Busch, Andreas, 1996: Inflation in Industrieländern: Der Einfluß politisch-institutioneller Faktoren auf die Preisstabilität, in: *Politische Vierteljahresschrift* 37, 298-318.
- Caesar, Rolf, 1980: Die Unabhängigkeit der Notenbank im demokratischen Staat. Argumente und Gegenargumente, in: *Zeitschrift für Politik* 27, 347-377.
- Cameron, David, 1984: Social Democracy, Corporatism, Labour Quiescence, and the Representation of Economic Interest in Advanced Capitalist Society, in: *John H. Goldthorpe* (Hrsg.), *Order and Conflict in Contemporary Capitalism. Studies in the Political Economy of Western European Nations*, Oxford, 143-178.
- Campillo, Marta/Miron, Jeffrey A., 1997: Why Does Inflation Differ across Countries?, in: *Romer, Christina D./Romer, David H.* (Hrsg.), 1997: *Reducing Inflation. Motivation and Strategy*, Chicago, 335-357.
- Cassel, Dieter, 1990: Inflation, in: *Dieter Bender et al.* (Hrsg.), *Vahlen's Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, Band 1, München: Vahlen, 4. Auflage, 265-321.
- Crouch, Colin, 1985: Conditions for Trade Union Wage Restraint, in: *Leon N. Lindberg/Charles S. Maier* (Hrsg.), 1985: *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington D.C., 105-139.
- Cukierman, Alex, 1992: Central Bank Strategy, Credibility, and Independence: Theory and Evidence, Cambridge.
- Deutsche Bundesbank, 1968: Das Ausmaß der Geldentwertung seit 1950 und die weitere Entwicklung des Geldwertes, in: *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank* 24, 3-19.
- Deutsche Bundesbank, 1992: Internationale Organisationen und Abkommen im Bereich von Währung und Wirtschaft, Bd. 3 der Reihe *Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank*, Frankfurt am Main.
- Europäische Zentralbank, 2001: Indizes zur Messung der Kerninflation im Euro-Währungsgebiet, in: *Monatsbericht Juli 2001*, 55-66.
- Feldman, Gerald D., 1993: The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914-1924, New York, Oxford.
- Feldstein, Martin, 1997: The Costs and Benefits of Going from Low Inflation to Price Stability, in: *Christina D. Romer/David H. Romer* (Hrsg.), *Reducing Inflation. Motivation and Strategy*, Chicago, 123-156.
- Frisch, Helmut, 1984: *Theories of Inflation*, Cambridge.
- Giavazzi, Francesco/Giovannini, Alberto (Hrsg.), 1989: *Limiting Exchange Rate Flexibility: The European Monetary System*, Cambridge MA.
- Goodhart, Charles, 1988: *The Evolution of Central Banks*, Cambridge MA.
- Hall, Peter A., 1993: Policy Paradigms, Social Learning, and the State: the Case of Economic Policymaking in Britain, in: *Comparative Politics* 25, 275-296.
- Hardach, Karl, 1980: Deutschland 1914-1970, in: *Carlo M. Cipolla/Knut Borchardt* (Hrsg.), *Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert*, Stuttgart, New York, Bd. 5 der Reihe *Europäische Wirtschaftsgeschichte*, 47-99.
- Hibbs, Douglas A., 1977: Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *American Political Science Review* 71, 1467-1487.
- Hirsch, Fred, 1978: The Ideological Underlay of Inflation, in: *Fred Hirsch/John H. Goldthorpe* (Hrsg.), 1978: *The Political Economy of Inflation*, Cambridge MA, 263-284.
- Hirsch, Fred/Goldthorpe, John H. (Hrsg.), 1978: *The Political Economy of Inflation*, Cambridge MA.
- Institut der deutschen Wirtschaft, 2001: Arbeitskämpfe international: Den Rückzug angetreten, in: *Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft* 27, 4-5.
- Kaltenhaier, Karl C./Anderson, Christopher J., 2000: The Changing Political Economy of Inflation, in: *Journal of Public Policy* 20, 109-131.
- Kokoski, Mary/Waehrer, Keith/Rozakis, Patricia, 2001: Using Hedonic Methods for Quality Adjustment in the CPI: The Consumer Audio Products Component, Bd. 344 der Reihe *BLS Working Papers*, Washington D.C.

- Lindberg, Leon N./Maier, Charles S. (Hrsg.), 1985: *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington D.C.
- McCallum, John, 1983: Inflation and Social Consensus in the Seventies, in: *The Economic Journal* 93, 784-805.
- Mishkin, Frederic/Schmidt-Hebbel, Klaus, 2001: *One Decade of Inflation Targeting in the World*, Cambridge MA.
- Olson, Mancur, 1982: *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*, New Haven.
- Parkin, Michael, 1992: Inflation, in: *Peter Newman/Murray Milgate/John Eatwell* (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Money & Finance*, London, 394-400.
- Romer, Christina D./Romer, David H. (Hrsg.), 1997: *Reducing Inflation. Motivation and Strategy*, Chicago.
- Salant, Walter S., 1977: International Transmission of Inflation, in: *Walter S. Salant/Lawrence Krause* (Hrsg.), *Worldwide Inflation. Theory and Recent Experience*, Washington D.C., 167-242.
- Salvati, Michele, 1985: The Italian Inflation, in: *Leon N. Lindberg/Charles S. Maier* (Hrsg.), 1985: *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington D.C., 509-563.
- Sandholtz, Wayne, 1993: Choosing Union: Monetary Politics and Maastricht, in: *International Organization* 47, 1-39.
- Scherf, Harald, 1988: Inflation, in: *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*, Band 4, Stuttgart: Fischer, 159-184.
- Schmidt, Manfred G., 1982: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt am Main.
- Swinburne, Mark/Castello-Branco, Marta, 1991: *Central Bank Independence: Issues and Experience*, Washington D.C.
- Woll, Artur (Hrsg.), 1979: *Inflation. Definitionen, Ursachen, Wirkungen und Bekämpfungsmöglichkeiten*, München.
- Woll, Artur, 1981: *Volkswirtschaftslehre*, München.
- Woolley, John T., 1985: Central Banks and Inflation, in: *Leon N. Lindberg/Charles S. Maier* (Hrsg.), 1985: *The Politics of Inflation and Economic Stagnation. Theoretical Approaches and International Case Studies*, Washington D.C., 318-348.
- Woolley, John T., 1992: Policy Credibility and European Monetary Institutions, in: *Alberta M. Sbragia* (Hrsg.), *Euro-politics: Institutions and Policy-Making in the „New“ European Community*, Washington D.C., 157-190.